

Die Kürzung des Wehlbezuges und ihre Zusammenhänge.

Unmöglich ist ein Gegner und Verächter der medizinischen Wissenschaft ein guter Mediziner. Diese handgreifliche Unmöglichkeit, den Feind eines Amtes zu seinem Träger zu machen, hat man bei uns bei der Ordnung des Ernährungsdienstes wie unserer ganzen Kriegswirtschaft außeracht gelassen. In einem halben Hundert von Zentralen hat man die führenden Männer der privatkapitalistischen Kartelle zu Leitern gemacht, durchaus Beute, die durch Herkunft, Erziehung und materielles Interesse der Staatskontrolle feind und der Rücksicht auf das allgemeine Interesse völlig fremd sind. Kein Wunder, daß bei der Wirtschaftspolitik der Zentralen das Preisinteresse des Erzeugers und Händlers übermäßig, die Versuche, die Vorratsverschleppung und den Schleichhandel einzudämmen, ohnmächtig geblieben sind. Der schwache Zusatz recht anständiger, aber wirtschaftlich nicht vorgebildeter Staatsfunktionäre hat natürlich nicht ausgereicht, die überwältigenden kapitalistischen Instinkte zu bändigen. Die ganze Welt des Privateigentums rebelliert gegen die bloße Idee, im Gemeininteresse wirtschaften zu müssen, und das ist die Idee der Zentralen. Ihre Leiter stammen aus derselben Welt, und obgleich durch den Ueberblick über die wirtschaftlichen Notwendigkeiten „theoretisch“ von der Notwendigkeit der Zentralen überzeugt, führen sie sie doch zumeist mit halbem Herzen und ohne Tatkraft; sie werden dabei übrigens noch von der Staatsregierung im Stiche gelassen und preisgegeben. Unsere Regierungsmänner selbst sind im Prinzip Gegner der Gemeinwirtschaft, im Prinzip Freunde des privaten Erzeugens und Handelns, im Prinzip Verächter ihres eigenen Werkes. Der Staat ist in den Händen von Leuten, die die Staatswirtschaft nicht wollen, von ihr nichts halten und bereit sind, sie jede Stunde, wo der ihnen lästige Zwang wegfällt, wieder aufzugeben. Naturheiler, die sich genötigt sehen, den gelehrten Mediziner zu spielen. An diesem Widerspruch krankt unsere gesamte Kriegswirtschaft, an ihm geht sie zugrunde.

Nicht ganz so, aber nicht viel anders steht es um den Ernährungsdienst. Von Anbeginn an, von seiner ersten Einrichtung durch Stürgkh, ist er mit diesem Widerspruch behaftet. Umsonst hat sich der eine oder der andere Funktionär des Ministeriums des Innern bemüht, die Interessen der Volksernährung den Produzenten- und Handelsinteressen voranzustellen; das Ackerbauamt übte im Namen der Landwirtschaft, das Handelsamt im Namen der Industrie unter dem Vorwand erhöhten Fachverständnisses passive Resistenz und jede Maßregel wurde verzögert, jede zur Halbheit entstellt, jede praktisch unwirksam gemacht. Seit unvorstellbaren Zeiten ist unsere Regierung in Händen von Männern, deren Herkunft und Erziehung agrarisch oder kapitalistisch ist, also fiel die letzte Entscheidung immer so aus, daß das Staatsinteresse — und das fällt im Kriege sichtbarlich, aber jederzeit auch im Frieden mit dem Interesse der Volksernährung zusammen — hinter dem privaten Interesse des Grundherrn oder des Industriellen zurückweichen mußte. Man hat vom Grundbesitz, vom Industrie- und Handelskapital notgedrungen Einschränkungen gefordert, das ist wahr; aber man hat diese zugleich mit guten Preisen vergoldet und bei der Durchführung durch die Finger gesehen. Der Ernährungsdienst war schon in der ganzen Anlage verkümmert, als das Ernährungsamt geschaffen wurde; zu seinem Verhängnis hat man das Amt unter Ministerpräsidenten gestellt, die aus dem Ackerbauministerium kamen, denen das Anienieder-Evangelium in Fleisch und Blut übergegangen war. Endlich hat man es bis zur Stunde vermieden, das Amt zu einem selbständigen Ministerium zu machen und dadurch von diesen verderblichen Einflüssen loszulösen — der fertige Plan des Ministeriums ist jetzt wieder zurückgestellt, ist wahrscheinlich begraben! Der oft wiederholte Beschluß des Ernährungsrates, der einmütige Wunsch der ganzen konsumierenden Bevölkerung wird sofort gleich nichts geachtet, sobald ein Höglitz Höhenblums, irgend ein unbeträchtlicher Freiherr von Soubis, unter dem Beifall der Grundmagnaten des Herrenhauses gegen den Plan Einspruch erhebt.

Der Ernährungsdienst steht unter dem beherrschenden Einfluß von Leuten, die ihn nicht wollen, die die Pflichterfüllung gegen die darbenenden Volksmassen im Kriege als Beeinträchtigung ihrer souveränen Grundherrenrechte empfinden, die endlich wieder frei erzeugen, über die Früchte des Bodens frei verfügen, ihre Vorräte nach freier Willkür zurückbehalten, verbrauchen oder veräußern wollen, der Ernährungsdienst steht unter dem beherrschenden Einfluß derer, die ihm aus Prinzip und Interesse feind sind.

Wir rufen das der Öffentlichkeit ins Bewußtsein zurück, um ihr zu erklären, warum das Stadt- und Industrievolk zu wenig Wehl bekommt. So einfach liegen die Dinge nicht, daß das Pflichtverräumnis einzelner Funktionäre daran schuld wäre, daß mit irgend welchen kleinen und raschen Mitteln geholfen werden könnte. Darüber möge sich Wien, möge sich Wiens Stadtrat, der heute eine erregte Sitzung darüber gehalten hat, nicht täuschen lassen. Das Uebel sitzt sehr tief, aber sein Urgrund ist leicht aufgezeigt. Man hat das Getreide dem Selbstversorger in absoluten Quoten bis Schluß des Erntejahres vorbehalten, nur den Ueberschuß über den so festgelegten Eigenbedarf hat er abzuführen. Bei den von Jahr zu Jahr sinkenden Ernteerträgen müßte so in einigen Jahren der Punkt eintreten, wo der Ueberschuß gleich Null ist. In diesem Punkte hätten die zehneinhalb Millionen Selbstversorger nach wie vor ihre volle Quote, die siebzehneinhalb Millionen Staatsversorgte aber die Wehlquote Null. Dieses absurde Ergebnis wäre unvermeidlich, denn es ist die schnurgerade, die nicht zu umgehende Folge des Getreideregimes, das dem Stadtvolk nur außerhalb des agrarischen Vorbehalts zu leben erlaubt. An jenem Punkte halten wir noch nicht, aber auf dem halben Wege zu ihm. Der Selbstversorger ist, abgesehen von allen Unzufömmlichkeiten, ordnungsgemäß zur höheren Quote eingebettet bis zum Ende des Erntejahres, also auf weitere acht Monate; das vormeg. Der Ernteüberschuß hat bei dem verringerten Ertragnis dieses Erntejahres für die Staatsversorgten schon die Monate September, Oktober, November und Dezember ausgereicht — die weiteren acht Monate stehen uns noch bevor!

Gott helfe weiter! Diese Wunschformel ist für hochmögliche Reden in Gebrauch, für den Ernährungsdienst ist sie zu erhaben. Man kann nicht abhelfen, indem man an der Wurzel des Übels vorbeigeht. Das wird auch dem Bürgermeister und dem Stadtrat nicht länger möglich sein, beide müssen die Hand an die wunde Stelle legen, alles andere wäre leere Demonstration. Es geht auch nicht an, daß diese Angelegenheit von der höchsten Allgemeinbedeutung als bloße Wiener Frage behandelt wird. Wir erlauben uns, den Bürgermeister darauf aufmerksam zu machen, daß dieselben, ja noch weitergehende Kürzungen schon früher, schon geraume Zeit früher in einigen Teilen des Landes Platz gegriffen haben, daß zum Beispiel die Bewohner der Steiermark auf dem stillen Wege der Tatsachen längst gefürzt sind. Man kann und darf der prinzipiellen Frage nicht länger aus dem Wege gehen, ob es innerhalb einer Staatsgemeinschaft, zumal im Kriege, zulässig sei, daß zehneinhalb Millionen Vorbehalte genießen, während siebzehneinhalb Millionen ihren Mindestbedarf nicht gedeckt sehen. Es mag heute schwer, sogar sehr schwer sein, den Getreidedienst auf

das Konsumenteninteresse umzustellen, während er bisher nach agrarischen Gesichtspunkten eingerechnet war. Aber am Ende muß doch der letzte gegebene Ausweg auch wirklich gegangen werden.

Im allgemeinen aber empfiehlt es sich, vor den zudringlichen Einflüssen großagrarischer und großkapitalistischer Interessenten auf der Hut zu sein. Eine ganz schmale, für Volk und Staat ganz unbeträchtliche Schicht bekannter Besitzer von Grundbuchseinlagen und Wertpapieren — sie haben zufolge ihrer arbeitslosen, bloß papierenen Daseinsweise weder mit dem Ackerbau noch mit der Produktion mehr zu schaffen als der Virenspinner mit der Birke — mißbraucht das Herrenhaus als seine Interessenvertretung, beeinflusst alle Ämter, beherrscht die große bürgerliche Presse und die sogenannte gute Gesellschaft und läßt kein Mittel unversucht, um zu hintertreiben oder zu verderben alle Versuche, die im Namen des Staates gemacht werden, durch gemeinwirtschaftliche Maßnahmen der wachsenden, nun unser ganzes öffentliche wie private Dasein bedrohenden Schwierigkeiten Herr zu werden. Die staats- und volksfeindliche Natur dieser Kreise stellt sich jetzt offen zur Schau. Die staatliche Gemeinwirtschaft besteht jetzt ihre Probe, sie kann ihr nur gewachsen sein, wenn sie die Kraft besitzt, diese Einflüsse abzutun und ohne Vorbehalte und Rücksichten der Allgemeinheit zu dienen, und das kann sie nur, wenn sie sich bewußt der privatwirtschaftlichen Fesseln entledigt, seien diese agrarischer, industrieller oder kaufmännischer Natur. Versteht sie das nicht, so wird das Werkzeug aus der Hand derer, die das Werk selbst verleugnen und hassen, in die Hand anderer überzuführen sein, denen die Gemeinwirtschaft in der Idee und in der Tat von jeher vertraut ist. Daß sie das Werkzeug trefflich zu handhaben wissen, dafür haben wir zurzeit große, weittragende, sehr ermunternde Beispiele.